

10. Dezember 2006
Presseausendung der SPÖ

Kräuter: "Gorbach hinterlässt finanzielles Desaster", Neubauten nur mit Mehreinnahmen ASFINAG ist pleite, Nettoverschuldung steigt pro Jahr zusätzlich um 550 Mio. Euro

Wien (SK) - Die ASFINAG werde aufgrund der verpflichtenden neuen Bilanzierungsregeln nach IFRS ("International Financial Reporting Standards") im Jahr 2007 "definitiv pleite" sein und negatives Eigenkapital in der Bilanz aufweisen, so SPÖ-Rechnungshofsprecher Günther Kräuter am Sonntag gegenüber dem SPÖ-Pressedienst. Darüber hinaus steige die zusätzliche Nettoverschuldung bei unverändertem Bauprogramm pro Jahr um zumindest 550 Millionen Euro. Kräuter dazu: "Nur die Ausfallhaftung der österreichischen Steuerzahler verhindert die totale Pleite. Jetzt weiß die Bevölkerung, was von der angeblichen Wirtschaftskompetenz der Regierung und den zahlreichen teuren Jubelinserten Gorbachs zur Verkehrspolitik auf der Strasse zu halten ist. Herr Gorbach hinterlässt bei der ASFINAG ein organisatorisches und finanzpolitisches Desaster."

Der SPÖ-Rechnungshofsprecher führte zur ASFINAG weiters aus, dass künftig immaterielles Vermögen der zu 100% im Staatseigentum stehenden Gesellschaft nicht mehr als Sachanlage dargestellt werden dürfe. Damit falle der mit Abstand wichtigste Bilanz-Aktivposten, das Fruchtgenussrecht der ASFINAG, also "Straßen zum wirtschaftlichen Erfolg zu nutzen", weg.

Als dringende Sanierungsmaßnahme müsse die ASFINAG eine neue schlanke Struktur erhalten, die LKW-Maut müsse auf das gesamte Straßennetz ausgedehnt und moderat angehoben werden, so Kräuter, der unterstrich: "Gorbach hat mit politischen Vorsorgungsfällen wie Ex-Minister Reichhold ein aufgeblähtes Monstrum mit drei Vorstandsdirektoren, 13 Abteilungsleiter-Posten und neun Geschäftsführern geschaffen. Reformziel ist eine klare und einfache Struktur mit einer AG sowie einer GmbH für 'Verkehrstelematik/Maut' und einer GmbH für 'Bau/Erhaltung'."

Ohne zusätzliche Einnahmen könnten laut Kräuter nur mehr "recht und schlecht" bauliche Instandsetzungen durchgeführt werden, Neubauinvestitionen würden undenkbar sein. Die auf das gesamte Straßennetz auszudehnende LKW-Maut bringe nicht nur das Ende für den Maut-Umgehungsverkehr mit wesentlichen verkehrspolitischen und ökologischen Effekten, sondern auch "dringend erforderliche Mehreinnahmen, um die Folgen der Politik der politischen Konkursfälle Gorbach und Reichhold abzufangen", so Kräuter abschließend. (Schluss) up/mb

Rückfragehinweis:
Pressedienst der SPÖ
Tel.: 01/53427-275
<http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0031 2006-12-10/12:52

101252 Dez 06